

644/J XXIII. GP

Eingelangt am 11.04.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

**der Abgeordneten Josef Muchitsch
und GenossInnen**

an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend

betreffend ArbeitnehmerInnenschutz

Im Regierungsprogramm wird eine Forcierung der Präventionstätigkeit angekündigt. In den vergangenen Jahren wurden die Mittel der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) eingeschränkt, sodass es immer schwieriger wurde, Prävention in ausreichendem Ausmaß zu betreiben. Gerade für schwer arbeitende Menschen ist die Prävention von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten und berufsbedingten Erkrankungen äußerst wichtig. Dieses Thema muss daher so rasch als möglich in Angriff genommen werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend nachstehende

Anfrage:

1. Im Regierungsprogramm wird eine Forcierung der Präventionstätigkeit (4. Säule) angekündigt. Welche konkreten Maßnahmen sind geplant?
2. Wird es für die Prävention zusätzliche Mittel geben und woher kommen diese?
3. Wird sichergestellt, dass die AUVA ausreichend Mittel für die Prävention, den Unfallverhütungsdienst und die Heilbehandlung „UKH“ aufbringen kann?
4. Die AUVA kommt durch viele „fremde“ (Entgeltfortzahlung, Beitragsfreiheit älterer AN und Lehrlinge) Aufgaben verstärkt in finanzielle Bedrängnis. Was wird unternommen, dass sich dies nicht zu Ungunsten der Prävention auswirkt.
5. Wird es betriebliche Gesundheitsförderungsaktivitäten geben?

6. In den nordischen Ländern wird schon seit vielen Jahren auf die altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung geachtet. Das führt dazu, dass Arbeitnehmer länger gesund bleiben und somit auch länger im Arbeitsprozess stehen. Das wiederum hat den Vorteil, dass den Sozialkassen mehr Geld zur Verfügung steht. Österreich hat in dieser Richtung noch keinerlei Aktivitäten gesetzt. Wird das in Zukunft ein Thema werden und - wenn ja - in welcher Form?
7. Wird es zusätzliche Maßnahmen für SchwerarbeiterInnen geben?
8. Wird das Bauarbeiter-Schlechtwetter-Entschädigungsgesetz in Zukunft auch Aspekte des Arbeitnehmerschutzes beinhalten?
9. Wird es neue gesetzliche Rahmenbedingungen zum Arbeitnehmerschutz geben? Wenn ja, welche konkret?
10. Wo werden die Schwerpunkte der nächsten Jahre im Bereich Arbeitnehmerschutz liegen?
11. Psychische Belastungen am Arbeitsplatz nehmen in praktisch allen Branchen stark zu. Ein gutes Beispiel dafür ist der Baubereich, in dem durch enormen Termindruck auf Grund unrealistisch knapp gesetzter Fertigstellungstermine Stress und psychische Belastungen der Bauarbeiter in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben. Was soll zur Vermeidung solcher psychischer Belastungen getan werden?
12. Werden die Sozialpartner in die geplanten Maßnahmen eingebunden sein und konkrete Maßnahmen fachlich begleiten können?